

Tätigkeitsbericht 2020

Das Jahr 2020 war ein ausserordentliches Jahr für die ganze Welt. Der klare Hauptdarsteller: COVID-19. Das neue Coronavirus betrifft uns alle, aber eben nicht alle gleichermassen. Die Pandemie zeigt uns in schonungsloser Brutalität, wie ungerecht und krisenanfällig die kapitalistische Wirtschafts- und Weltordnung ist. Bestehende soziale und globale Ungleichheiten werden unübersehbar und durch staatlich bestimmte Corona-Massnahmen sogar noch verstärkt.

In Guatemala hatten die Pandemie und die Bekämpfungsstrategie der Regierung von Präsident Giammattei schnell fatale Folgen: Gemäss der Volkszählung von 2018 sind in Guatemala 69,5 Prozent der Bevölkerung im informellen Wirtschaftssektor tätig und leben mehr oder weniger von der Hand in den Mund. Die Angst, die Familie nicht mehr ernähren zu können, wurde durch den strikten Lockdown und Ausgangssperren für viele schnell realer als die Angst vor dem Virus. Auf den Strassen wurden die weissen Fahnen als Zeichen des Hungers allgegenwärtig. Die versprochene Hilfe kam kaum da an, wo sie am meisten gebraucht worden wäre. Vielmehr eröffnete sich durch das vom Parlament gesprochene Sonderbudget für Sozialprogramme ein neuer Selbstbedienungsladen für die tief korrupte Elite des Landes, die sich wohl kaum an der explodierenden Staatsverschuldung stört.

Auch bei der Aufrüstung des Gesundheitssystems versprach die Regierung – ganz in der Sprache des Populismus – schnelle und einfache Lösungen. Es wurden fünf neue «Spitäler» aus dem Boden gestampft, wofür verschiedene einflussreiche Firmen medienwirksam grosse Summen Geld oder Material spendeten. Schweigen herrschte darüber, dass die bestehenden Spitäler und Gesundheitszentren extrem schlecht ausgerüstet sind, die Zahl der Ärzt*innen und Gesundheitsfachpersonen pro Einwohner extrem gering ist oder dass es in ländlichen Gebieten, wo eine Mehrheit der Bevölkerung indigener Abstammung ist, kaum Gesundheitsdienstleistungen gibt. Dazu kommt, dass in einem Land, wo fast die Hälfte der Bevölkerung keinen Zugang zu fliessendem, geschweige denn sauberem Wasser hat, die Aufforderung, sich regelmässig die Hände zu waschen, einen zynischen Charakter erhält.

Extreme soziale Spannung brachten im Frühling 2020 auch die Tausenden deportierten Migrant*innen, die trotz geschlossener Grenzen sowohl auf dem Luft- als auch auf dem Landweg aus den USA und Mexiko zurückkehrten. Nachdem mehrere von ihnen positiv auf COVID-19 getestet wurden, wurden die «Rückkehrer*innen» vermehrt stigmatisiert und von ihren Heimatgemeinden abgewiesen. Dass die Migrant*innen in normalen Zeiten einen wesentlichen Teil zur guatemaltekischen Wirtschaft beitragen, ging erschreckend schnell vergessen. Sie wurden von Held*innen zu Gejagten.

Während die Coronapandemie eine Auswanderung in den aussichtsreichen Norden weiter erschwert, verstärkt sie gleichzeitig die Hauptgründe für die Migration: Armut, Kriminalität und Perspektivlosigkeit. Wie in anderen Ländern des globalen Südens gerät das Recht auf Bildung in Guatemala durch die Pandemie noch stärker unter Druck, da Kinder und Jugendliche meist keine Möglichkeiten haben, an einem digitalen Distanzunterricht

teilzunehmen oder sich Familien durch die steigende finanzielle Not Schulgelder nicht mehr leisten können und auch die Kinder und Jugendlichen, wenn irgendwie möglich, ein paar Quetzales für den Haushalt dazuverdienen müssen. Auch die Begünstigten unseres Stipendienprojekts der Bewegung der Landarbeiter*innen (MTC) in San Marcos mussten ihre Studienpläne den Umständen anpassen, konnten dank unserer Unterstützung ihre Ausbildung jedoch irgendwie weiterführen. Mehr dazu können Sie im [Projektbericht 2020](#) auf unserer Webseite lesen.

Als wäre die Coronakrise nicht genug, verursachten im November 2020 die Hurrikane Eta und Iota in Guatemala verheerende Schäden. Besonders betroffen war die Region Alta Verapaz. Häuser und Ernten wurden zerstört, Siedlungen durch kaputte Strassen, Brücken und Stromleitungen vollständig isoliert, Menschen verloren durch Erdbeben und Überschwemmungen ihr Leben. Die Regierung versagte auch hier. Dank Ihren Spendenbeiträgen konnten wir über unsere Freundin und Mitstreiterin Lilian Hässig, die zur Zeit im Departement Cobán lebt, das Kollektiv Komonil Tezulutlán beim Kauf von Wasserfiltern unterstützen, um einigen Familien Zugang zu sauberem Trinkwasser zu ermöglichen.

Das Jahr 2020 hat uns auch nochmals die Relevanz unseres Fonds «Solidarität – konkret» zur Unterstützung von Menschenrechtsverteidiger*innen in Guatemala gezeigt. Die guatemalteckische Regierung nutzte die Coronapandemie, um im Interesse von Grossgrundbesitzern sowie Wasserkraft-, Minen- und Agrarexportunternehmen zivile Rechte ausser Kraft zu setzen, soziale Proteste zu unterbinden und die Militarisierung gewisser Regionen voranzutreiben. Die Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger*innen erreichte im Jahr 2020 mit 1004 registrierten Angriffen (Zahlen UDEFEGUA) ein neues Rekordhoch. Durch unsere schnelle und unbürokratische Hilfe konnten wir auch im Jahr 2020 wieder Menschenrechtsverteidiger*innen und ihre Familien in Notsituationen unterstützen. Den [Bericht zum Fonds für das Jahr 2020](#) finden sie auf unserer Webseite.

Ein Hoffnungsschimmer waren die wieder aufgeflamten Massenproteste Ende Jahr unter dem Motto *#¿Dónde está el dinero?* und *#NoNosPela*¹: Am 21. November gingen laut Medienberichten mehr als eine halbe Million Menschen, vor allem auch die junge Generation, auf die Strasse, um ihrer Wut und Enttäuschung über die Korruption und die Schamlosigkeit der politischen Elite auszudrücken. Mehr zu den Protesten, den Reaktionen darauf und deren Wirkung können Sie im [Bulletin Nr. 67](#) lesen.

Womit wir bei unserer Öffentlichkeits- und Sensibilisierungsarbeit sind: Unser [Bulletin GUATE-NETZ](#) ist im Jahr 2020 zweimal erschienen (Nr. 65 & 66). Vielen Dank an Barbara Klitzke für die Redaktion und das Layout. Zudem hat die Arbeitsgruppe Solway im Kontext des Abstimmungskampfes für die Konzernverantwortungsinitiative eine [Fall-Studie](#)

¹ Die Frage «Wo ist das Geld?» (*¿Dónde está el dinero?*) nimmt Bezug auf die fehlende Umsetzung des Sonderbudgets, das der Kongress im April im Rahmen seiner der Corona-Strategie bewilligt hatte. Der Finanzminister erlaubte sich dann die dreiste Aussage, dass es ihm egal sei, wohin dieses Geld fliesse («Me pela»). Als Antwort auf diesen Affront machten sich die sozialen Bewegungen den Ausdruck zu eigen und bekräftigten mit dem Slogan *#NoNosPela*, dass es der Bevölkerung nicht gleichgültig ist.

[«Nickelbergbau in Guatemala: Schweizer Firma schiebt Verantwortung ab»](#) und einen [Kurzfilm](#) publiziert, die an einer Online-Veranstaltung im November vorgestellt und diskutiert wurden. Wir waren schliesslich froh, dass wir unsere Mitgliederversammlung 2020 trotz Coronapandemie im September als Präsenzveranstaltung durchführen konnten. Es wurden zwei neue Vorstandsmitglieder gewählt: Michael Kohli und Alice Froidevaux. Wir freuen uns über den Zuwachs und die Verjüngung unseres Vorstandes.

Die Wahrnehmung der sich verschlimmernden Situation in Guatemala teilten wir auch mit den Nicht-Regierungsorganisationen der Schweiz, die sich um Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in Guatemala kümmern. Dies geschah im Rahmen des Schweizer Forums für Menschenrechte und Frieden in Guatemala und Honduras – kurz Foro Suizo –, der Internationalen Plattform gegen Straflosigkeit und der Zentralamerikaplattform. Zusammen mit dem Guatemalanetz Bern, dem Fastenopfer und dem Honduras-Forum haben wir bei verschiedenen Mitgliedern der Aussenpolitischen Kommissionen von National- und Ständerat gezeigt, dass sich auch die Schweizer Zivilgesellschaft für die Rechtsstaatlichkeit in Guatemala stark macht.

Wir möchten allen Mitgliedern von Guatemala-Netz Zürich herzlich für ihr Interesse und ihre Unterstützung danken. Gerne nehmen wir Ihre Anregungen und Vorschläge entgegen und freuen uns, dass Sie unserem Verein die Treue halten.

Toni Steiner, Silvia Brennwald, Jacqueline Hefti, Barbara Klitzke, Verena Ruth Leuenberger, Michael Kohli, Alice Froidevaux

Zürich, Ende April 2020